

TOP 1 Zukunft der NOKliniken Vorlage K/2020/001

Geehrter Landrat, geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

wir haben viele Gäste, Gäste die ihren politischen Willen äußern, das ist gut so, denn Demokratie lebt vom Mitmachen.

Auch wir hier in unseren Fraktionen sind aufgewühlt. Erschüttert, dass so viele Jahre das Defizit in den Kliniken Jahr für Jahr Thema war und Verbesserungen nicht angegangen wurden. Wir werden in Kürze über einschneidende Maßnahmen sprechen müssen, das wird nicht ohne Enttäuschungen und Verletzungen gehen.

Die Wahrheit in der Demokratie ist nicht schwarz oder weiß, ist nicht Geburtshilfe oder Schockraum in Mosbach oder Buchen, oder ein „strategischer Partner“ kann es richten, wie es die Landkreisverwaltung, allen voran Sie Herr Landrat uns seit Oktober glauben machen.

So wie auch die Krise der Neckar-Odenwald-Kliniken nicht durch die Geburtshilfe herbeigeführt wurde. Seit Jahren haben wir stabile Geburten in beiden Häusern bei konstanter Fallschwere. Die durch den Bundesgesetzgeber verschuldete Unterfinanzierung tragen wir seit Einführung der DRG, darauf hat auch Dr. Munz hingewiesen.

Beim Sozialministerium in Stuttgart haben wir selbstverständlich nachgefragt. Manne Lucha kommt am 18.03.2020 um 18:30 in den Neckar-Odenwald-Kreis zum Bürgerdialog.

Das Bund, Land, Krankenkassen u.s.w. in die Pflicht genommen werden, dafür danken wir den freien Wählern für ihre Initiative zur Resolution, die wir selbstverständlich mittragen.

Wir hier im Kreistag können nur über das entscheiden, worauf wir direkten Einfluss haben.

Aber geehrte Kolleginnen und Kollegen, hat sich das aus der Verwaltungsvorlage erschlossen? Wissen Sie alle, wie sich die genannten Maßnahmen voraussichtlich auswirken werden? Haben Sie ein best- und ein worst- case szenario gesehen? Das wäre ein betriebswirtschaftlich korrektes Vorgehen und für uns im Gremium und die Bevölkerung nachvollziehbar. Wir können nicht Politikverdrossenheit beklagen und im Gegenzug intransparente Entscheidungen treffen, bzw. intransparente Vorschläge der Verwaltung dulden. Wozu sind wir gewählt???

Gerade dann wenn unangenehme Entscheidungen zu treffen sind, sind wir dazu verpflichtet diese auch zu treffen. Für mich bedeutet das aber nicht blind scheinbaren Alternativlosigkeiten zu folgen.

Ich will im Aufsichtsrat endlich eine Ergebnisentwicklung der letzten 10 Jahre sehen mit Begründung der Veränderungen. Und ich möchte endlich wirklich wissen, warum Maßnahmen, die im Aufsichtsrat beschlossen wurden, nicht angegangen wurden und warum der Aufsichtsratsvorsitzende, der die Verzahnung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung ins operative Geschäft gewährleisten muss, bisher nicht vehement eingegriffen hat, jetzt aber nach einem strategischen Partner verlangt.

Braucht man einen Aufsichtsrat, wenn dessen mehrheitliche Beschlussempfehlung einfach ignoriert wird und die Verwaltung an der Spitze Landrat und Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Achim Brötel dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales **einfach einen anderen Beschlussvorschlag** vorlegt?

Ja, wir werden sehr bald unangenehme Entscheidungen treffen müssen. Aber bitte auf einer gesicherten Datenbasis und nur auf einer solchen.

Nr.1-3 der Beschlussvorlage stimmen wir zu.

Bei Nr. 4 wird es heikler. Denn den Maßnahmen und Strukturplan haben Geschäftsführung, Chefärzte und Pflegedienstleistung auf die Schnelle in einer 1 ½ tägigen Klausurtagung im November **als einen möglichen Weg** ausgehandelt, bei dem die ATOS Operateure in Mosbach gesetzt waren, so haben wir das jedenfalls gehört. Andere Möglichkeiten, die auch einen Konsens finden würden, gäbe es durchaus. Ich bin am 05.12.2019 in die Aufsichtsratssitzung gegangen, in der der Maßnahmen- und Strukturplan erstmals vorgestellt wurde, mit der Erwartung, dass sich Perspektiven öffnen, nicht um sofort Beschluss zu fassen.

Es wäre bei Nr. 4 durchaus verständlich, wenn ein Kreisrat oder eine Kreisrätin, zustimmend sagt: „Das ist eine gute Grundlage, lasst uns daran weiter arbeiten!“, wenn der Maßnahmen und Strukturplan nicht in Stein gemeißelt ist, ist vieles möglich und eine Selbstverpflichtung für Ärzteschaft, der Geschäftsleitung und der Pflege.

Viele Menschen in NOK und auch viele von uns Kreisrätinnen und Kreisräten möchten die Geburtshilfe in Mosbach nicht einfach aufgeben, das hat nichts mit Fraktionszugehörigkeiten zu tun, da gibt es vermutlich in jeder Fraktion unterschiedliche Meinungen. Und dasselbe gilt übrigens auch für den Schockraum in Buchen. Diese Stimmen bekommen bisher kein Gehör, können sich nicht artikulieren, auch nicht in der Beschlussvorlage. Daher haben wir einen Antrag zur Erweiterung der Nr. 4 eingebracht:

„Der Kreistag sieht dabei in dem Maßnahmen- und Strukturplan, den Geschäftsführung, Chefärzte und Pflegedienstleistungen der Neckar-Odenwald-Kliniken als **Beschlusszenario** erarbeitet haben, eine gute Grundlage für ein tragfähiges Zukunftskonzept. **Zur Sicherung der Daseinsvorsorge legen wir Wert**

darauf, dass an beiden Standorten Geburtshilfe und ein Schockraum angeboten wird.“

Bei Nr. 5 wird es noch heikler. Der Aufsichtsrat hatte sich mehrheitlich dafür ausgesprochen den strategischen Partner zu streichen und auf den Maßnahmenkatalog der Kliniken selbst zu setzen. In einem anderen Tenor klingt die heutige Beschlussvorlage. Man könnte verstehen: „Der Kreistag ist gerade noch bereit etwas zuzuwarten“. **Da ist das Subjekt vertauscht..., denn es ist der Landrat/die Verwaltung,** der/ die einen privaten Mehrheitsbetreiber ins Boot holen will ,das hat Heide Lochmann eben in ihrer Rede auch so bestätigt.

Stimmen wir Nr.5 zu, stimmen wir dann auch der Folge zu, wenn das Ziel verfehlt wurde, dann wird verkauft, oder lesen wir im Beschlussvorschlag eher, dann hat am 27.07.2020 der Kreistag das letzte Wort? **Wir unterstellen, dass der Kreistag das letzte Wort hat,** aber man könnte beides verstehen....Solche Formulierungen dienen niemandem. **Wir haben daher beantragt, dass über die Nr. 5 heute nicht abgestimmt wird und dem Maßnahmenplan, der als ein möglicher, flexibler Vorschlag zur Strukturverbesserung eingebracht wurde, eine Chance gegeben wird.** Wenn Dr. Brötel dem Maßnahmen- und Strukturplan vertraut, dann kann Nr. 5 auch gestrichen werden.

Weil **Verwaltungsvorlagen** immer **barrierefrei** sein sollten, also unmissverständlich auch für die, die Juristensprache nicht gewohnt sind, haben wir den Antrag gestellt, dass **alle Kreistagsvorlagen künftig in leichter Sprache** zur Verfügung gestellt werden um allen interessierten Menschen zu ermöglichen den politischen Diskurs zu verfolgen.

Wir sind sehr wohl mit 6b insoweit einverstanden, dass alle Zahlen auf den Tisch müssen, bevor in unüberlegtem Aktionismus Standortkonzentrationen durchgeführt werden. Aber es geht um mehr:

Bis heute wissen wir nicht, wie sich das Defizit der Kliniken wirklich zusammensetzt, wo unsere Ansatzpunkte wirklich sein können, **trotz** dass wir mit Oberender über Jahre einen **strategischen Partner** im Boot hatten, der über genügend Backoffice verfügt hätte um dies zu klären.

Landrat Brötel spricht von der Hereinnahme eines strategischen Partners seit Oktober letzten Jahres, ohne offen zu legen warum es ein Privater richten soll. **Wir hatten wiederholt um Aufklärung gebeten, haben aber bis heute nichts vorliegen.**

Den Kreistag ohne Datenbasis über etwas entscheiden zu lassen, was ohne Datengrundlage überhaupt nicht entschieden werden kann, ist **betriebswirtschaftlich unverantwortlich.** Eine **Entscheidung, die tief in die Daseinsvorsorge der Bevölkerung einschneidet, muss transparent** sein. Es geht also nicht nur um die Zahlen zu 6 b, die schon längst auf dem Tisch hätten liegen müssen.

In der letzten Kreistagssitzung vom 04.12.2019 hatte ich einen umfangreichen Fragenkatalog vorgetragen, dieser ist bis heute nicht vollständig beantwortet. Eine **grobe Verletzung der Rechte des Kreistags!**

Wir erwarten die vollständige Offenlegung bis spätestens April 2020, damit wir am 27.07.2020 überhaupt noch eine Entscheidungsmöglichkeit haben um die **Kliniken in kommunaler Hand** zu halten.

Kurzfristig trägt die Stationenumstrukturierung nicht zum wirtschaftlichen Ziel bei, das haben wir von Herrn Hehn und Herrn Löffler gehört, erst mittelfristig! **Daher ist Zeit darüber gründlich auf Datenbasis zu entscheiden.**

Simone Heitz

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag NOK
Ktag 29.01.2020 TOP Ö 1